

Rede des Fraktionsvorsitzenden Jens Petersen zum Haushaltsplan 2020 im Stadtverordnetenkollegium

„Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2020 haben sich erheblich verschlechtert, da die für 2019 angenommenen Gewerbesteureinnahmen in Höhe von 34 Mio. € nicht realisierbar sind. Für 2020 sind Gewerbesteureinnahmen in Höhe von 30 Mio. € realistisch.

Als Freie Demokraten werden wir gegen die Steuererhöhungen stimmen, weil wir den notwendigen Einsparwillen vermissen. Das ist wichtig, damit die nächsten Generationen politischen Handlungsspielraum haben und nicht durch Schulden in ihren Vorhaben geknebelt werden.

Ich möchte Ihnen drei Beispiele benennen für unsere Einsparpotentiale:

1. Das Personalbudget beinhaltet gegenüber der Verwaltungsvorlage ein Einsparpotential von 450.000 EUR, welches im aktuellen Plan auch berücksichtigt wurde. Die FDP-Fraktion hat daher auch die Stellenplananmeldungen für die Organisation von Repräsentations- und Informationsveranstaltungen, den Redakteur für die Projektkoordinierung Sanierungsgebiet Krückau-Vormstegen und die Ausrichtung der Kulturmesse abgelehnt.

2. Für Bauprojekte müssen neben der Sinnhaftigkeit auch ÖPP-Modelle geprüft werden. Die Container an der GS Kaltenweide sind für uns nicht notwendig, da bis zu deren Bezug in 2021 bereits andere Schülerzahlen gelten und die Einzugsgebiete der Grundschulen neu zugewiesen werden könnten. Somit könnte ein Betrag in Höhe von 200.000 EUR eingespart werden. ÖPP-Modelle sind für städtische Bauprojekte zu prüfen, z.B. für Kitas und die Erweiterung des Frauenhauses. Durch ein vereinfachtes Ausschreibungs- und Planungsverfahren können dadurch Einsparungen erreicht werden.

3. Kulturangebote sind zu überprüfen: Beispielsweise haben wir gerade die Kulturtafel in Elmshorn neu gegründet. Der Kreis Pinneberg unterhält ebenfalls eine Kulturtafel. Hier werden doppelte Leistungen erbracht, die auch doppelt Geld kosten.

Können wir uns Projekte wie das Quartiersmanagement Klostersande mit damit verbundenen jährlichen Personalkosten leisten?

Weiterhin haben wir festgestellt, dass die Steuerkraft der Stadt Elmshorn durch Gewerbe und eine entsprechende Einwohnerstruktur gestärkt werden muss. Hierzu bedarf es einer Überplanung der Verdichtung und einer Wiederbelebung der Stadt- Umlandkooperation.

Die Steuererhöhungen, die durch die Elmshorner Rot-Rot-Grüne-Koalition beschlossen wurden, belasten alle Elmshornerinnen und Elmshorner. Uns ist unverständlich, wie man einerseits günstigen Wohnraum fordern kann und andererseits diesen indirekt durch die Grundsteuer, die Mietern auf die Nebenkosten umgelegt wird, verteuert. Die jährliche Anhebung der Grundsteuer um 20 bis 30 € pro Wohneinheit mag als Einzelbetrag zumutbar sein, aber auch höhere Nebenkosten bei Strom und Heizung belasten Mieter. Hier hat diese Koalition eindeutig ihren mangelnden Willen zum Sparen gezeigt. Wir sind mehr als enttäuscht über dieses Ergebnis.“